



Vielfalt 39

Afghanistan

Zeitschrift für bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker • Waisenhausplatz 21 • CH-3011 Bern
Tel.: +41 31 311 90 08 • Fax: +41 31 312 66 62 • E-Mail: info@gfbv.ch
Internet: www.gfbv.ch • PC 30-27759-7

Inhalt

- Der Tod in Afghanistan (von Hanspeter Bigler)
- „In der Hoffnung auf Gleichheit und Gerechtigkeit für alle“ (von Dr. Sima Samar)
- Sanktionen gegen die Taliban (von Natalie Känel)
- Kämpferin gegen das Vergessen - Vreni Frauenfelder im Portrait (von Hanspeter Bigler)

Zudem zu anderen aktuellen Themen: Die Lüge vom Ende des Krieges in Tschetschenien (von Irena Brezná), Todesfasten in den Gefängnissen der Türkei (von Ruth-Gaby Vermot-Mangold)

Textauswahl*

Der Tod in Afghanistan

Massaker an Minderheiten, Frauen entrechtet, Kulturerbe zerstört

Im Januar wurden über 300 unbewaffnete Männer und eine Reihe von Frauen und Kindern von den Taliban-Milizen ermordet. Die Opfer gehörten der Minderheit der Hazara an. Daneben bedroht die schlimmste Dürreperiode seit Menschengedenken das Leben von Tausenden von Menschen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützt mit Ihrer Hilfe die Opfer der humanitären Katastrophe in Afghanistan.

von Hanspeter Bigler, Geschäftsführer der GfbV Schweiz

Nach Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen verhafteten und exekutierten die Taliban Angehörige der Minderheit der Hazara während mehrerer Tagen, nachdem sie das Distrikt Yakaolang am 7. Januar 2001 von den Hezb-e Wahdat zurückerobert hatten. Nach der Rückeroberung der Stadt Yakaolang wurden über 300 unbewaffnete Zivilisten von den Taliban-Milizen ermordet. Viele Zivilisten wurden dabei in einer Moschee exekutiert. "Sie töteten alle, die sie sahen", sagte ein Hilfswerksmitarbeiter in Pakistan. Nach Angaben einer pakistanischen Hilfsorganisation hatten die Kommandanten der Taliban den Befehl, alle männlichen Personen im Alter zwischen 13 und 70 Jahren zu töten. Taliban-Führer Mullah Mohammad Omar bestritt die Massaker. Nach Aussagen von Taliban-Offiziellen waren die Toten Opfer der Kämpfe zwischen Taliban-Milizen und gegnerischen Truppen.

Doch in Wirklichkeit sind die Massaker Vergeltung für Gemeinschaften, die nach Meinung der Taliban die Opposition unterstützen. Zudem sind sie Teil eines Kreuzzuges der sunnitischen Taliban gegen die schiitischen Hazara. Die Hazara werden von den Taliban als Ungläubige betrachtet. In den vergangenen drei Jahren wurden von den Taliban wiederholt Massaker an den Hazara im zentralafghanischen Hochland verübt. Im August 1998 wurden mindestens 2000 Menschen getötet. Die Taliban, eine radikale islamische Miliz, kontrolliert den grössten Teil Afghanistans. Dabei haben sie aber weiterhin mit oppositionellen Kräften in Nord- und Zentralafghanistan zu kämpfen, die von ethnischen Minderheiten geführt werden.

* Der vollständige Text kann bei der Gesellschaft für bedrohte Völker bezogen werden.

Massenflucht und Hunger

Die Situation der Minderheiten in Afghanistan ist desaströs. Besonders die Minderheiten der Hazara, Tadschiken und Usbeken sind betroffen. Hunderttausende Hazara, Tadschiken und Usbeken sind durch die Offensive der Taliban vertrieben worden. Über 500 000 Menschen sind derzeit im Landesinnern auf der Flucht, 1.4 Millionen flüchteten in den Iran und mehr als 2 Millionen nach Pakistan. Die enormen Flüchtlingsströme bedeuten nicht nur unermessliches Leid für die betroffenen Menschen, sondern stellen auch die Nachbarstaaten Afghanistans vor enorme Probleme.

Die anhaltenden Kämpfe sowie die harten klimatischen Bedingungen haben auch einen schwerwiegenden Einfluss auf die Versorgungslage in Afghanistan. Die schlimmste Dürreperiode seit Menschengedenken hat furchtbare Konsequenzen für das Land. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen ist ungefähr die Hälfte der afghanischen Bevölkerung direkt oder indirekt von der Dürre betroffen. Für etwa drei Millionen Menschen ist die Lage bereits kritisch und rund eine Million Afghaninnen und Afghanen sind unmittelbar vom Hungertod bedroht. In den letzten drei Monaten sind bereits mehr als 1000 Menschen verhungert.

Zerstörung von Kulturgütern

Die jüngste Sprengung der einzigartigen Buddha-Statuen von Bamiyan ist ein weiterer Ausdruck der Intoleranz der Taliban. Sogar islamische Länder wie Iran oder Pakistan hatten sich für den Erhalt der Statuen eingesetzt. Die Sprengung ist nicht nur ein Anschlag auf das kulturhistorische Erbe Afghanistans, sondern auch ein terroristischer Akt der radikal-islamistischen Taliban gegen die ethnischen und religiösen Minderheiten des Landes.

„Die totalitäre Ideologie dieser Bewegung hat ein verbrecherisches Potential, das die Ausmasse der ‚Kulturrevolution‘ in China und Kambodscha erreichen könnte“, warnte der Afghanistan-Referent der Gesellschaft für bedrohte Völker, Andreas Selmecki, bereits Anfang März. Bamiyan ist der bedeutendste Ort im Hazarajat, dem Gebiet der Hazara. Die Buddha-Statuen sind für diese zu einem respektierten Wahrzeichen ihrer Region geworden. Die Hazara sind mongolischen Ursprungs und stellen mit knapp vier Millionen Angehörigen rund 19 Prozent der Gesamtbevölkerung Afghanistans. Sie sprechen heute einen persischen Dialekt und bekennen sich mehrheitlich zur schiitischen Glaubensrichtung des Islam. Die Taliban rekrutieren sich aus der grössten Volksgruppe des Landes, den mehrheitlich sunnitischen Paschtunen.

Keine Rechte für Frauen

Insbesondere Frauen werden in Afghanistan Opfer systematischer Menschenrechtsverletzungen durch die herrschenden Taliban. Der Ganzkörperschleier ist dabei nur das äussere Symbol der Entrechtung. Die afghanischen Frauen haben kaum Bildungsmöglichkeiten und unterliegen einem Berufsverbot. Mehr als 95 Prozent der afghanischen Kinder besuchen momentan keine Schule.

Die alltägliche Diskriminierung von Frauen und Mädchen setzt sich auch im medizinischen Bereich fort, wo bislang frauen- und Mädchenspezifische Bedürfnisse nicht abgedeckt wurden. Doch die afghanischen Frauen blieben trotz katastrophaler Situation nicht untätig. Verschiedene Exil-Afghaninnen haben mit humanitären Projekten begonnen, die Not der Frauen und Mädchen zu mildern. Zu den beeindruckendsten Projekten gehören jene von Shuhada,

einer Organisation, die sich im Bildungs- und Gesundheitsbereich engagiert. Unter der Leitung von Dr. Sima Samar, welche erst kürzlich mit dem Paul Grüninger-Preis ausgezeichnet wurde, führt sie insgesamt 14 Spitäler und Kliniken sowie 48 Schulen. Was ursprünglich in Pakistan begann, um die afghanischen Flüchtlinge zu unterstützen, wurde in den letzten Jahren unter Einsatz des eigenen Lebens vieler Helferinnen und Helfer auf Afghanistan ausgeweitet.

Die GfbV engagiert sich für die Opfer der Taliban

Die Gesellschaft für bedrohte Völker, die sich weltweit für den Schutz von Minderheiten und die Verteidigung der Menschenrechte einsetzt, kämpft für das Überleben des afghanischen Volkes. Wir nutzen unseren Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und intervenieren gegen die Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Minderheiten. Wir kämpfen für eine Befriedung Afghanistans und die Bildung einer neuen afghanischen Nationalversammlung unter Schirmherrschaft der UNO. Wir tragen die Forderungen des afghanischen Volkes an die Öffentlichkeit und fordern vom Bundesrat konsequente humanitäre und politische Unterstützung für die Opfer der Taliban. Zudem unterstützt die GfbV mit der aktuellen Spendenaktion "Afghanistan braucht Ihre Hilfe!" auch Dr. Sima Samar und Shuhada in ihren Anstrengungen für den Aufbau von Spitälern und Schulen für Frauen und Mädchen. Dr. Sima Samar verdeutlicht die Bedeutung dieser Unterstützung, wenn sie uns schreibt: "Stellen Sie sich ein Land vor, wo ein Mädchen bestraft wird, weil es ein Schulheft und einen Bleistift auf sich trägt. Sie können das Leben dieses Mädchens ändern, dieses Mädchen ist die Hoffnung für eine bessere Zukunft in Afghanistan."¶

„In der Hoffnung auf Gleichheit und Gerechtigkeit für alle“

Sima Samar gibt mit den Gesundheits- und Bildungsprojekten ihrer Shuhada-Organisation einer ganzen Generation von Afghaninnen und Afghanen Hoffnung in einer hoffnungslosen Situation. Für ihren unermüdlichen und gefährlichen Einsatz für die entrechteten Frauen und Mädchen wurde sie jüngst mit dem Paul Grüninger-Preis ausgezeichnet. Der nachfolgende Text ist ein Auszug aus ihrer Dankesrede anlässlich der Entgegennahme des Preises.

von Dr. Sima Samar, Leiterin der Shuhada-Organisation

Afghanistan ist ein unterentwickeltes Binnenland in Zentralasien. Sogar vor dem internen Vernichtungskrieg und der Invasion der russischen Truppen gehörte Afghanistan zu den ärmsten und unterentwickeltesten Ländern der Welt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes besteht aus sunnitischen Muslimen, ungefähr ein Drittel sind Schiiten. Die Bevölkerung ist auch nach ethnischer Zugehörigkeit geteilt. Die grössten Volksgemeinschaften sind die Paschtunen, Hazara, Tadschiken und Usbeken, daneben leben aber auch kleinere Gruppen im Land. Während einigen Jahrhunderten hatten die Paschtunen die politische Kontrolle über das Land. Sogar vor der russischen Invasion waren die Rechte der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht garantiert.

Die afghanische Gesellschaft ist traditionell immer männerdominiert gewesen. Die Frauen waren demzufolge auf eine zweitrangige Rolle verwiesen und als Eigentum betrachtet worden. Nach

der Saur-Revolution 1978 und dem Eindringen der sowjetischen Truppen verschlechterte sich die Stellung der Frauen noch zusätzlich. Einerseits wurde den Frauen in den sowjetbeherrschten Gebieten nominelle Freiheit und das Recht gewährt, eine Ausbildung zu geniessen und einen Beruf zu ergreifen. Aber leider waren diese Reformen nur oberflächlich und zielten in Wirklichkeit darauf ab, Rechte und Freiheit der Frauen zu pervertieren. Zudem wurden diese Reformen eingeführt ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen und religiösen Institutionen des Landes und ohne ernsthaften Willen, die Einstellung der Gesellschaft wirklich zu verändern. Infolgedessen hatten diese Reformen nicht nur eine sehr begrenzte Wirkung, sie riefen auch grosse Empörung hervor. Die Opposition, die leider unterschiedslose Unterstützung des Westens und der Nachbarländer genoss, reagierte auf die Reformen des von Moskau unterstützten Regimes mit der Einführung einer ultrakonservativen Politik.

Die Weltgemeinschaft zog es in ihren Bemühungen, die Sowjetunion zu besiegen, vor, diese Entwicklung zu ignorieren. Das Resultat war, dass andere Facetten des Lebens in Afghanistan, wie zum Beispiel die Förderung gleicher Rechte für alle Einwohner und das Streben nach mehr Rechten für Frauen, völlig ausser Acht gelassen wurden. Die Männer erhielten alle Hilfe und Unterstützung. Was die Schulbildung anbelangt, waren es nur afghanische Flüchtlingskinder in den Lagern Pakistans, die etwas Religionsunterricht bekamen. Der einzige Zweck dieses Unterrichts war es aber, die nächste Generation von antikommunistischen Kämpfern für den Krieg gegen die eindringenden Truppen zu rekrutieren. Sehr arme Familien, die nicht selber für Nahrung und Obdach aufkommen konnten, sandten oft ihre Kinder in diese Schulen.

Während des sowjetisch-afghanischen Krieges wurden überhaupt keine Anstrengungen unternommen, um die Gesundheitsfürsorge für Frauen und Kinder zu fördern. Es fand eine umfassende Indoktrinierung statt. Im Namen des Islam wurde Propaganda gegen die Arbeit der Frauen auf dem Gebiet der Erziehung und der Gesundheit gemacht. Infolgedessen wurden die Frauen noch mehr in die Grenzen ihres Haushalts verbannt. Sobald gebildete afghanische Frauen sich aus dem Haus wagten, um ihrer Arbeit nachzugehen, wurden sie Opfer von Drohungen durch zahlreiche Dienststellen, einige büssten für ihre Herausforderung sogar mit dem Leben.

Ich wurde persönlich ein Opfer der russischen Invasion in Afghanistan. Meine ethnische Zugehörigkeit zu einer der am geächtetsten Gruppen des Landes und mein Geschlecht gaben mich dem Tadel und der Lächerlichkeit preis und konfrontierten mich mit der Wirklichkeit der Frauen, die als persönliches Eigentum behandelt werden. 1984 wanderte ich aus Afghanistan aus und liess mich in der Stadt Quetta in Pakistan nieder. Ich wurde an einem der lokalen Spitäler angestellt, das eine Spezialabteilung für afghanische Flüchtlinge führte und besuchte auch hin und wieder eines der nahen Flüchtlingslager. Während jener Jahre wurde mir bewusst, wie schlecht es um die Aussicht auf medizinische Versorgung für Frauen stand. Es gab etliche Hilfsinstitutionen für männliche Patienten, aber nichts dergleichen für Frauen und Kinder, die genauso Hilfe nötig haben. Nach vielen Beratungen gelang es mir schliesslich, Unterstützung von einer Hilfsorganisation zugesichert zu bekommen, um ein Spital für afghanische Flüchtlingsfrauen und Kinder zu eröffnen. Dies wurde stark kritisiert, sowohl von den islamischen Widerstandsgruppen mit Basis in Pakistan als auch von der pakistanischen Regierung.

An Hindernissen und physischen Bedrohungen hat es nicht gefehlt, aber es würde zu weit führen, auf Einzelheiten diesbezüglich einzugehen. Trotz aller Probleme gelang es mir, in Sangl-Masha/Jaghori in Afghanistan ein Spital zu errichten. Auch dieses Spital wurde wiederholt Ziel von Raubzügen durch die führenden islamischen Widerstandsgruppen der Region. Obwohl es mir wegen Todesdrohungen persönlich nicht möglich war, Afghanistan zu besuchen,

gelang es meinen treuen Partnern, die Gründung mehrerer Schulen in Hazarajat zu erwirken. Das war keinesfalls eine leichte Aufgabe, weil nämlich die armen und ungebildeten Leute dank einer starken Indoktrinierung eine herablassende Haltung gegenüber einem ordentlichen Unterricht zeigten und a priori diese Partner für Ungläubige hielten. Genau diese Haltung zwang viele gebildete und hochqualifizierte Afghanen und Afghaninnen, welche magere 3% der Bevölkerung ausmachten, aus dem Land zu fliehen und Sicherheit in westlichen Ländern zu suchen. Die wenigen Überreste eines dürftigen Unterrichtsnetzwerkes wurden bald Opfer des Volkes, weil die Leute jeglichen öffentlichen Unterricht als das Werk der russischen Ungläubigen betrachteten, die das Land ruiniert hatten. Diese Einstellung änderte sich aber allmählich im Verlauf des Krieges, weil die Leute mehr Kontakt zur Aussenwelt bekamen. Glücklicherweise verwalte ich jetzt 4 Spitäler, 10 Kliniken und 48 Schulen für Menschen beiderlei Geschlechts ausserhalb und innerhalb Afghanistans.

Verschiedene UNO- und andere Hilfsorganisationen setzten aufgrund der vorherrschenden politischen Situation in Afghanistan Prioritäten in ihren Hilfsprogrammen. Afghanische Frauen und Kinder gehörten nicht zu den bevorzugten direkten Empfängern der internationalen Hilfe. Es war nicht einfach, Geld und Hilfe für solche Projekte zu finden; hin und wieder wurden sogar Organisationen, die helfen wollten, bedroht.

Nach dem Rückzug der russischen Truppen und dem daraus erfolgten Zusammenbruch des moskautreuen Regimes rutschte Afghanistan in die totale Anarchie. Die erste Verordnung, welche die islamischen Widerstandsgruppen nach ihrer Machtergreifung erliessen, betraf die vollständige Verhüllung aller Frauen, den sogenannten "islamischen Hihab". Das war natürlich symbolisch für ihre Verbannung in die eigenen vier Wände und ihren Ausschluss aus allen öffentlichen Berufen und Institutionen. Nach etlichen Jahren Bürgerkrieg tauchte eine neue politische Kraft auf, welche die Frauen noch mehr zu Opfern von sträflicher Vernachlässigung und Demütigung werden liess: die Taliban.

Gegenwärtig ist Afghanistan anscheinend das einzige Land, dessen Regierende offiziell erklärt haben, dass Mädchen kein Recht auf Schulbildung haben und dass es Frauen nicht erlaubt ist, ausserhalb ihres Hauses zu arbeiten. Die von Frauen zu tragende Bekleidung ist gesetzlich bestimmt, was ein grundlegender Indikator dafür ist, dass Frauen- und Menschenrechte für dieses Regime absolut keine Gültigkeit haben. Den Kindern wird das fundamentalste Kinderrecht, das Recht zu Spielen, verweigert. Vom Recht auf Bildung gar nicht zu sprechen.

Was ich bis jetzt getan habe, ist keineswegs speziell oder hervorragend. Meine Aktivitäten sind nur dort von einiger Bedeutung, wo es um den Kampf gegen die sittlich verdorbene und trostlose Lage in einem Afghanistan geht, in dem eine arbeitende Frau als Sünderin angesehen wird. Ich sehe es vielmehr als eine der Menschheit obliegende Pflicht, einander zu helfen und zu unterstützen. Schliesslich ist das, worauf es ankommt, die Verwirklichung der Rolle des Einzelnen in einem weiteren sozialen Zusammenhang, und dieser Verantwortung bemühe ich mich nachzukommen. ¶

Sanktionen gegen die Taliban

Zwei Jahrzehnte Krieg in Afghanistan haben die Taliban an die Macht gebracht, welche die Menschenrechte mit Füssen treten. Das Regime könnte durch die internationale

Gemeinschaft gestürzt werden, auch ohne militärische Eingriffe. Dazu müssten jedoch alle Länder die von der UNO verhängten Sanktionen umsetzen. Die Schweiz tut dies.

von Natalie Känel, wissenschaftliche Mitarbeiterin GfbV Schweiz

Die Vereinten Nationen können gegen Länder oder Organisationen Rüstungs-, Handels- oder Dienstleistungsembargos oder Finanzsanktionen erlassen, um sie zur Einhaltung des Völkerrechts, namentlich grundlegender Menschenrechte, zu zwingen. Die Schweiz beteiligt sich seit 1990 in autonomer Weise an nichtmilitärischen bzw. wirtschaftlichen Sanktionen. Auch gegen das Regime der Taliban in Afghanistan sind Massnahmen in Kraft, welche der Bundesrat mit seiner Verordnung vom 2. Oktober 2000 umgesetzt hat. Die Lieferung von Rüstungsmaterial wurde unterbunden, der Flugverkehr eingeschränkt sowie der Zahlungsverkehr mit ranghohen Vertretern der afghanischen Milizen verboten. Die Massnahmen gehen auf eine Resolution der Vereinten Nationen zurück. Der UNO-Sicherheitsrat reagierte damit auf die Weigerung der Taliban, den nach Attentaten auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 gesuchten Terroristen Osama bin Laden auszuliefern.

Anfang dieses Jahres hat die UNO mit der Resolution 1333 (2000) die Massnahmen noch verschärft. Auch diese hat der Bundesrat mit Wirkung ab dem 12. April 2001 umgesetzt. Zusätzlich sind nun auch technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung bezüglich der militärischen Aktivitäten der Taliban sowie die Lieferung der chemischen Verbindung Essigsäureanhydrid verboten. Diese Verbindung wird zur Produktion von Opium benötigt, dessen Export eine wichtige Geldquelle für die Taliban bedeutet. Zudem wurde das Luftverkehrsembargo ausgeweitet, die gesamte Geschäftstätigkeit der Ariana Afghan Airlines in der Schweiz verboten, sämtliche Vertretungen der Taliban in der Schweiz mussten geschlossen werden und die Einreise und Durchreise für hochrangige Vertreter der Taliban ist nicht mehr erlaubt. Die Liste der juristischen und natürlichen Personen, deren Gelder in der Schweiz gesperrt sind, wurde von 4 auf rund 170 Personen erweitert.

Nach Angaben von Roland Vock vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) würden diese Massnahmen ausreichen, um das Regime der Taliban innert kürzester Zeit in die Knie zu zwingen, wenn sie von allen Ländern konsequent eingehalten würden. Die Unterbindung des Zahlungsverkehrs sowie der Opiumproduktion müsste eigentlich zu einer Zahlungsunfähigkeit der Milizen führen und es ihnen verunmöglichen, Waffen und Flugzeuge für ihren Kampf zu kaufen. Zusammen mit dem Verbot jeglicher Waffenverkäufe an Afghanistan könnte dies die kriegerischen Auseinandersetzungen schnell beenden. Der andauernde Krieg macht deutlich, dass Sanktionen "nicht wasserdicht sind", was nach Roland Vock eines der Hauptprobleme ihrer Wirksamkeit darstellt.

Multilaterale Sanktionen sind wegen der humanitären Folgen für die Zivilbevölkerung der betroffenen Länder sehr umstritten. Ein vom UNO-Sicherheitsrat beauftragtes Komitee muss regelmässig Bericht darüber erstatten, was im Falle von Afghanistan im April zum ersten Mal geschah. Fazit: die Zivilbevölkerung in Afghanistan leidet unter keinen zusätzlichen negativen Folgen durch die Sanktionen. Dies kann nur in einer Weise gedeutet werden. Die Misere in Afghanistan ist nach zwei Jahrzehnten Krieg bereits so komplett, dass auch Sanktionen nichts an der katastrophalen Lage der Zivilbevölkerung ändern.¶

Kämpferin gegen das Vergessen

Ihr Engagement gilt den Hilfsbedürftigen in der afghanischen Gesellschaft. Vreni Frauenfelder ist eine selbstlose Kämpferin für Minderheiten und Frauen in Afghanistan. 1988 gründete sie die Afghanistan-Hilfe Schaffhausen, nachdem sie zuvor schon während Jahren als Privatperson Hilfsprojekte in Afghanistan und Pakistan durchgeführt hatte. Die Afghanistan-Hilfe ist ein kleiner Verein mit grosser Wirkung.

von Hanspeter Bigler, Geschäftsführer der GfbV Schweiz

1975 reiste Vreni Frauenfelder erstmals nach Afghanistan und war beeindruckt von der Gastfreundschaft der Bevölkerung und der Schönheit der Landschaft. Nach ihrer zweiten Reise 1979 begann der Krieg in Afghanistan und eine Flüchtlingswelle überströmte das Nachbarland Pakistan. Vreni Frauenfelder besuchte damals ein Spital in Quetta/Pakistan, wo selbst einfachste Ausrüstung fehlte. Die Verwundeten wurden auf die Metallfedern von Bettgestellen gelegt. Vreni Frauenfelder begann, Matratzen zu nähen und Geld zu sammeln. Dies war der Beginn einer langen Hilfstätigkeit. Das Spital war nach einigen Jahren wieder funktionstüchtig, und sie konnte sich anderen Projekten zuwenden.

Heute arbeitet die Afghanistan-Hilfe Schaffhausen mit drei Projektpartnern zusammen. Einerseits mit der Shuhada-Organisation von Dr. Sima Samar, welche auch von der Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützt wird und sich dem Aufbau von Spitälern, Kliniken und Schulen vor allem für Frauen und Mädchen verschrieben hat. Hier werden mit Spenden die laufenden Kosten gedeckt und Patenschaften vermittelt. Daneben bestehen aber auch weitere Projekte in den Bereichen Waldaufforstung, Medizin und Nahrungsmittelhilfe. Das Projektvolumen beläuft sich jährlich auf ungefähr Fr. 200'000, wobei die administrativen Kosten äusserst gering gehalten werden können, weil alle Beteiligten in der Schweiz ehrenamtlich arbeiten.

Die Afghanistan-Hilfe Schaffhausen will die schwächsten Glieder der afghanischen Gesellschaft unterstützen. Dies sind meist Frauen und Mädchen, Flüchtlinge, Angehörige von Minderheiten wie die Hazara, aber auch Paschtunen, die von Hunger bedroht sind.¶

Die Lüge vom Ende des Krieges in Tschetschenien

Wiederholt hat die russische Führung das Ende des Krieges in Tschetschenien bekannt gegeben. Doch Ankündigungen von Truppenabzügen werden nicht erfüllt. Im Gegenteil. Durch den Einsatz des Geheimdienstes FSB hat sich die Lage für die tschetschenische Bevölkerung noch verschärft. Während sie sich vor Bombardierungen und Scharfschützen verstecken konnte, ist sie den in die Häuser eindringenden Truppen schutzlos ausgeliefert. Verschleppung, Folterung, Vergewaltigung und Mord sind an der Tagesordnung.

von Irena Brezná, Publizistin und Tschetschenien-Expertin

Wladimir Putin, der Hauptverantwortliche für den zweiten Krieg in Tschetschenien, ist schon als ehemaliger KGB-Beamter skrupellos genug, weiterhin als Fachmann für Verdrehung von Tatsachen zu agieren. Er, der den höchsten Posten erklimmte, indem er das nicht einmal eine

Million zählende Bergvolk der Tschetschenen zum grössten Feind Russlands erklärte und einen enormen Aufwand an Zerstörung von Menschenleben und Fauna und Flora sowie der gesamten Infrastruktur verursachte, mit dem Argument "Ordnung herzustellen", benützt weiterhin das Wort, wie es seiner Macht nützt.

Parallel mit der Knebelung der einigermaßen freien russischen Medien wird die Kunde vom erfolgreichen Ende der "antiterroristischen Operation" im Nordkaukasus verbreitet. Was verbirgt sich hinter den neusten Potemkischen Dörfern - der Zug Moskau-Gudermes (die zweitgrösste Stadt in Tschetschenien) fahre wieder, seit 10. Januar 2001 funktionieren die Gerichte, die Schulen ebenfalls, die Bevölkerung erhalte humanitäre Hilfe, Arbeitsplätze würden geschaffen, die Truppen ziehe man teilweise zurück und die Einheiten des Geheimdienstes FSB übernehmen die Kontrolle über das Trümmerland?

Die Erfolgsstory wird auch den westlichen Politikern und internationalen Gremien serviert, falls diese es überhaupt wagen, das politisch frivole Tabuthema Tschetschenien anzusprechen. Aber warum kehren die über 170 000 tschetschenischen Flüchtlinge aus den Zeltlagern, den Kuh- und Schweineställen in der Nachbarrepublik Inguschetien, wo sie am Rande des Hungers leben und in ständiger Angst, nicht in ihre "befriedeten" Dörfer zurück? Warum füllen sich die Reihen der tschetschenischen Widerstandskämpfer dauernd aufs Neue? Warum ist Tschetschenien weiterhin ein Sperrgebiet für Medienleute und internationale Beobachter, wenn dort Normalität eingekehrt sei? Und wo ist das Interesse des Westens für die fundierten Berichte der unabhängigen tschetschenischen und russischen Menschenrechtsorganisationen über wiederholte "Säuberungen" in ganz Tschetschenien, Plünderungen der demoralisierten Soldaten und vor allem der kriminellen Söldner, über Folter und Mord an der Zivilbevölkerung in den immer noch zahlreichen "Filtrationslagern"? Tatsache ist, dass humanitären Organisationen kaum gestattet wird, in Tschetschenien zu arbeiten, vor allem Bergdörfer erhalten keine Hilfe. Und unter dem Vorwand, in der Region Argun seien neuerdings Kämpfe ausgebrochen, wird der zögerliche Truppenabzug wieder rückgängig gemacht.

Keine Bestrafung für Verbrechen

Warum ist es den Europäern gleichgültig, wenn am äussersten Rande Europas eine reguläre Armee und Staatsbeamte vom FSB zu jeder Stunde Menschen aus ihren Häusern abholen, sie zu Invaliden prügeln, mit Strom foltern, ihnen die Nägel ausreissen, Männer und Frauen vergewaltigen, ermorden, in Massengräbern verscharren oder ihre Leichname den Familienangehörigen für feste Preise in Dollars verkaufen? Die Klagen der Bevölkerung, die an den Europäischen Gerichtshof in Strassburg gelangen, werden dort neuerdings abgelehnt, da es angeblich funktionierende Gerichte in Tschetschenien selbst gebe. Wenn sich jedoch Bauern über maskierte Männer zu beschweren wagen, die im Morgengrauen mit Panzerwagen und Helikoptern in ihre Dörfer eindringen und Menschen und Hausrat verschleppen, macht sich kein Gericht die Mühe, die Identität der Täter aufzudecken. Noch kein russischer Militär wurde für all die Greuel an der Zivilbevölkerung weder aus dem letzten noch aus diesem Krieg verurteilt. Der erste Prozess überhaupt, der jetzt in der südrussischen Stadt Rostow gegen Oberst Jurij Budanow im Gange ist, der die 18jährige Tschetschenin Elsa Kungajewa vergewaltigt und erdrosselt hat, ist noch nicht abgeschlossen. Zudem wurde trotz medizinischer Beweise die Vergewaltigungs- und Mordklage noch vor der Verhandlung fallen gelassen. Der russische General Schamanow, der sich durch besondere Brutalität in Tschetschenien einen Namen gemacht hat, behauptet, Budanow habe seine Vaterlandspflicht getan. Wie sehr seine Meinung in Russland populär ist, zeigt auch der Umstand, dass Schamanow kürzlich als Gouverneur im

Gebiet Jaroslawlj gewählt wurde.

Verschlechterung der Situation

Die Lage ist nicht etwa besser oder “normal”, wie es Herr Putin darzustellen versucht, sondern schlimmer als während des offenen Krieges, denn vor den Bombardierungen und Scharfschützen konnten sich die Menschen in Kellern verstecken, doch der FSB-Kontrolle, die von Haus zu Haus geht und berechtigt ist, jeden beliebigen Tschetschenen zu verschleppen (bevorzugt werden Knaben ab 12 Jahren und Männer bis 65 Jahren), entgeht man nur durch den Anschluss an die Widerstandskämpfer. Die von Putin angepriesene Übernahme der Kontrolle durch den FSB erlaubt, gezielter zu morden. Der Bruder, der Vater, die Frau, die Schwester eines Kämpfers gelten als auszurottende “Terroristen”. Waren die tschetschenischen Frauen im ersten Krieg vor der direkten Gewalt verschont geblieben, gibt es heutzutage planmässige systematische Vergewaltigungen in “Filtrationslagern”, ähnlich denen von bosnischen Frauen in serbischen Lagern. Aber der Aufschrei der Welt darüber fehlt. Und nicht einmal die Emigration in den Westen bietet einen Schutz vor dem Völkermord, denn westliche Demokratien neigen dazu, den Asylantrag mit dem Argument abzulehnen, die Tschetschenen könnten sich irgendwo in der Russischen Föderation niederlassen. Tatsache ist, dass sie nirgendwo in Russland sicher sind. Aus russischen Universitäten werden tschetschenische Studenten abgeholt, verhaftet und gefoltert. In die Wohnungen der tschetschenischen Familien überall in Russland dringt jederzeit die Polizei ein, nimmt Hausdurchsuchungen vor, schüchtert ein, verhaftet grundlos, kassiert Geld. Auch in den Flüchtlingslagern in Inguschetien gibt es Razzien. Ebenfalls falsch ist die Behauptung vom Ende des Einsatzes schwerer Waffen. Vor allem die Bergdörfer werden immer noch zur Strafe bombardiert, unter dem Vorwand, die Widerstandskämpfer befänden sich dort. Im April dieses Jahres wurde zum Beispiel das Dorf Mekchety schon wieder bombardiert, wobei die Schule zerstört wurde.

Tschetschenien ist ein Land der Gesetzlosigkeit, der Angst, des Hungers, der ökologischen Katastrophe mit ständig brennendem Öl, ohne wiederhergestellte Infrastruktur, übersät mit Minen, verseucht vom Einsatz chemischer Waffen, mit einer durch zwei Kriege geschwächten und kranken Bevölkerung ohne medizinische Versorgung, mit traumatisierten Kindern, die ohne Schulbesuch zu einer Generation heranwachsen, die anfällig wird für den aus Pakistan und Saudi Arabien importierten islamischen Fundamentalismus, der traditionell den Tschetschenen fremd ist. Russland züchtet mit seinem Verhalten den sogenannten islamischen Feind selbst, da es ihn braucht. Und die internationale Gemeinschaft, die es der russischen Regierung gestattet, den Völkermord am tschetschenischen Volk zu begehen, ist mitschuldig daran, wie auch an der Entwicklung eines verarmten und fanatisierten Kaukasus und eines instabilen, kriminellen, atomaren russischen Nachbarn.¶

Todesfasten in den Gefängnissen der Türkei

von Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Präsidentin der GfbV Schweiz

“Glauben Sie mir, in kürzester Zeit werden 100 oder 150 Menschen sterben”, sagte Kamer Genc im türkischen Parlament. Er forderte den Justizminister auf, endlich die Isolationshaft aufzuheben und dem Sterben der Gefangenen ein Ende zu setzen. Kamer Genc kennt die Situation in den Gefängnissen, er ist Mitglied der parlamentarischen Menschenrechts-

kommission, die im letzten Jahr den Bericht über die Folter in der Türkei verfasst hat. Weil ausser lauem Entsetzten nichts geschah, ist Genc unter Protest aus der Kommission zurückgetreten. Die Regierung ist einmal mehr zur Tagesordnung übergegangen.

Diese Tagesordnung wollen jedoch die politischen Gefangenen nicht akzeptieren. Sie protestieren mit einem Hungerstreik gegen die neuen Gefängnisse des Types F, wo sie unter Isolationshaft, Schikanen und Folter zu leiden haben. "F-Typen in dieser Form", schreibt Oral Calislar, Journalist der linksliberalen Zeitung Cumhuriyet, "stellen eine grundlegende Verletzung von Menschenrechten dar." Die Erstürmung der Gefängnisse am 19. Dezember durch die türkische Armee unter dem Namen Rückkehr zum Leben hat dazu geführt, dass der Hungerstreik nun zum Todesfasten für viele geworden ist. Der Sturm auf die Gefängnisse hat mehrere Tote und Schwerverletzte unter den Gefangenen gefordert.

Seit beinahe 200 Tagen dauert das Todesfasten von über 400 politischen Gefangenen an. Die Gefangenen wehren sich mit ihrer Aktion gegen die Abschaffung des traditionellen Gruppenvollzuges und gegen die allgemeine Verschlechterung ihrer Rechtssituation und ihrer Lebensbedingungen. Während in unseren Gefängnissen Gemeinschaftsräume, Arbeitsplätze, Sport- und Spaziermöglichkeiten den Kontakt zwischen Gefangenen ermöglichen, besteht in den neuen F-Typen der Türkei totales Kontaktverbot.

Bundesrat Deiss hat bereits seine Besorgnis ausgedrückt. Der Schweizer Botschafter hat beim türkischen Minister für Menschenrechte protestiert und gefordert, dass das Todesfasten beendet wird.

"Es ist alles zu spät", klagen Angehörige eines jungen politischen Gefangenen, "wir zählen die Toten – das ist alles, was uns noch bleibt! Im Grunde ist es egal, ob man an Isolation und Folter oder an Hunger stirbt."¶

IMPRESSUM

Afghanistan ist erschienen als VIELFALT Nr. 39, Heft 2/2001 ++ Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker ++ Bern, Mai 2001, 16 Seiten, Fr. 4.– zzgl. Versandkosten ++ Bestellnummer 03-01-039 ++

Bestelladresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Waisenhausplatz 21, CH-3011 Bern, Tel.: +41 31 311 90 08, Fax: +41 31 312 66 62, E-Mail: info@gfbv.ch

EINE PUBLIKATION DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER * WEITERVERBREITUNG BEI NENNUNG DER QUELLE ERWÜNSCHT * Webaufbereitung: Hanspeter Bigler